



Hartz IV würde herbe Einbußen bringen

Wie würde sich die deutsche Grundsicherung – Hartz IV – in Österreich auswirken? Eine Studie kommt auf jährliche Verluste von 2300 Euro pro betroffenen Haushalt – und lässt die Wogen hochgehen.

Wien – Aus heiterem Himmel kam die Aufregung um eine Studie zur Umlegung des deutschen Hartz-IV-Systems nicht: Finanzminister Hans Jörg Schelling hatte schon vor knapp zwei Jahren mit Aussagen zum Arbeitsmarkt aufhorchen lassen. Im STANDARD-Interview sagte er damals, die Anreize für die Annahme eines Jobs seien wegen des geringen Unterschieds zwischen Erwerbseinkünften und Unterstützungsleistung zu gering. Offenbar war der Ressortchef so wissbegierig, dass er dazu eine Studie einholte.

Sie wurde vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrts politik und Sozialforschung erstellt und beschäftigt sich mit der Umlegung des deutschen Systems auf Österreich. Nach einem Bericht Freitagabend in der *ZiB 1* reagierten SPÖ-Vertreter scharf. Sozialminister Alois Stöger sprach von einer „Zerstörung des Sozialsystems“, Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser kreierte eine „Kurz’sche Sozial-Abrißbirne“. Schelling ließ ausrichten, dass keine Übernahme der deutschen Regelung in Österreich geplant sei.

Zudem verlautete der Finanzminister, die Studie sei vor zwei Jahren in Auftrag gegeben worden und noch nicht abgeschlossen. In



Hartz IV hat immer wieder zu Protesten geführt. Unter anderem sei die Kinderarmut seit der Einführung der Reform gestiegen, monieren Kritiker.

einer „Projektliste“ auf der Website des Wirtschaftsministeriums liest sich das anders. Dort wird als Projektbeginn der Studie der 1. 11. 2016 angeführt. Unter „Förder summe“ findet sich der Betrag von 30.000 Euro.

Inhaltlich kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Kosten bei einer Übernahme des deutschen Systems in Österreich um rund eine Milliarde Euro sinken würden. Diese Zahl bezieht sich auf

die Variante, in der analog zur Neuregelung der Mindestsicherung in Niederösterreich ein Deckel bei 1500 Euro im Monat eingezogen wird. Die Berechnungen basieren auf der Annahme, dass von der Notstandshilfe auf die Mindestsicherung umgestellt wird.

Und was bedeutet das für den einzelnen Haushalt? Im Durchschnitt käme es zu einem Einkommensverlust von 1300 Euro im

Jahr, heißt es in der Untersuchung. Wird allerdings auch die Deckelung und das Abschöpfen von Vermögen simuliert, erhöht sich das Minus auf 2300 Euro.

Diese Entwicklung brächte einen Anstieg der Armut. In der Niederösterreich-Variante würde die Zahl der Armutsgefährdeten um bis zu 160.000 Personen ansteigen. Die Rate der Armutsgefährdung würde von 13 auf 15 Prozent zunehmen. Neben den nega-

tiven Einkommens- und Verteilungseffekten weist das Europäische Zentrum darauf hin, dass es die gesellschaftlichen Folgekosten dieser Entwicklung „nicht abschätzen“ könne.

Die Notstandshilfe kommt derzeit nach einjähriger Arbeitslosigkeit zur Anwendung, wobei die Höhe der Zuwendung bei in etwa der Hälfte des früheren Erwerbseinkommens liegt. Laut Untersuchung gibt es 277.000 Haushalte mit 736.000 Personen, die zumindest für einen Monat im Jahr auf diese Leistungen angewiesen sind. Die Kosten der Notstandshilfe werden für das laufende Jahr mit 1,454 Milliarden Euro beziffert, inklusive zusätzlicher Leistungen gegen soziale Ausgrenzung belaufen sie sich demnach auf knapp 1,8 Milliarden. Die Mindestsicherung ist hingegen unabhängig vom Einkommen und beträgt für Alleinstehende höchstens 840 Euro im Monat. Zudem wird das Vermögen aufgebraucht.

Schröders Vermächtnis

Das unter Rot-Grün 2005 im Rahmen von Gerhard Schröders Agenda 2010 eingeführte System Hartz IV (benannt nach dem früheren VW-Personalvorstand Peter Hartz, der das Modell ausgearbeitet hat) war und ist umstritten. Der positiven Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt stehen wachsender Niedriglohnsektor und steigende Armutsgefährdung, auch bei Kindern, gegenüber. Der Bezug von Arbeitslosengeld wurde auf ein Jahr verkürzt, die Zumutbarkeitsbestimmungen sind seither viel schärfer, befristete Beschäftigungsverhältnisse wurden erleichtert, Zuverdienstmöglichkeiten ausgedehnt. (as)

Kommentar Seite 20

Ägypten peilt Energieautonomie an

Hoher Anteil fossiler Brennstoffe soll reduziert werden

Kairo/München – Siemens baut mit ägyptischen Konzernen, Orascom bzw. Elsewedy, in der Wüste bei Kairo, am Mittelmeer und am Nil die größten Kombi-Gas-Dampfkraftwerke weltweit. Sie sollen 14,4 GW leisten und Strom für 45 Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung Ägyptens, liefern. Für Siemens – mit österreichischer Technik – ist es mit acht Milliarden Euro einer der größten Aufträge bisher.

Ägypten hat rund 90 Millionen Einwohner, ein Wirtschaftswachstum von vier bis 4,5 Prozent 2017/2018 und einen stetig steigenden Energiebedarf, zuletzt von rund vier Prozent pro Jahr. Deshalb tut Geschwindigkeit bei der Errichtung der drei Anlagen not: Begonnen wurde im Frühjahr 2016, alle geplanten 14,4 GW sollen im Mai 2018 am Netz sein.

Mit Ägyptens Erdgasfeldern und einem Ausbau der Windkraft sowie etwas Photovoltaik strebt das Nilland in den nächsten Jahren weitgehende Energieautonomie an. Dies soll zumindest für die Stromversorgung der 90 Millionen Ägypter gelten. Ein großer Schritt dabei ist der Bau der drei großen Dampfkraftwerke durch das Siemens-Konsortium.

Damit sollten nicht nur Spitzen im Stromverbrauch in den Sommermonaten abgedeckt werden, sondern auch eine Überproduk-

tion möglich sein, hieß es Ende Mai.

Stromgewinnung durch Windkraft steckt in Ägypten allerdings noch in der Anfangsphase. Die Rede ist von vorerst rund 2000 MW Leistung. Die Behörde für Erneuerbare Energien hat den Weg legistisch und in der Finanzierung bereitet, Siemens errichtet die Anlagen, einen genauen Zeitplan zur Fertigstellung konnte man jedoch noch nicht geben. Auch soll der nationale Stromverteiler Egyptian Electricity Transmission Company noch nicht so weit sein – und es soll sich bei den Tarifen zur Einspeisung ins Stromnetz speißen.

Auch Photovoltaik spielt noch keine so große Rolle in Ägypten, selbst wenn die Mobilfunkmasten im Lande schon weitgehend mit Solar-Paneelen ausgestattet sind. Für die nächsten Jahre seien rund 2000 MW Stromaufbringung aus Photovoltaikanlagen – auf kleinen Häusern und anderen Objekten angebracht – angestrebt, sagte Orascom-Chef Osama Beshay.

Angestrebt wird ein besserer Energiemix bis 2020: Derzeit werden noch rund 90 Prozent des Bedarfs zur Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen gedeckt, nur zehn Prozent aus Wasserkraft und erneuerbaren Energien. Dieser Anteil soll bis 2015 auf 25 Prozent steigen. (APA)

Wind statt Sonne: Energiewende auf Spanisch

Ausschreibung von nachhaltigen Energieprojekten ging fast nur an Windkraftparks

Jan Marot aus Granada

Spanien wäre prädestiniert für die flächendeckende Nutzung der Solarenergie. Doch zeigen sich die Energieerzeuger überhaupt nicht sonnenhungrig. In der ersten Lizenz Ausschreibung für erneuerbare Energien seit Anfang 2016 vor etwa einer Woche über die Neuanstellung von 3000 Megawatt (MW) sicherten sich Windkraftprojekte fast alle Lizenzen. Die spanische Regierung unter Premier Mariano Rajoy (Partido Popular, PP) wird eine idente Auktion – wo Wind, Sonne und Biomasse miteinander konkurrieren – noch „vor dem Sommer ansetzen“. Auch auf Druck Brüssels, das Madrids Untätigkeit bei nachhaltiger Energie kritisiert. Und Taten sehen will.

Dafür errichtet Spanien neue Anlagen mit einer Leistung von 6700 Megawatt. Laut Energieministerium gehe dies mit Investitionen von 6,5 Mrd. Euro binnen drei bis fünf Jahren einher: „Der Vorteil der Windkraft, die in Spa-

nien enormes Potenzial hat, liegt auf der Hand“, sagt Energieminister Álvaro Nadal (PP): „Sie liefert täglich mehr Stunden Strom als die Sonne.“ Stiefkindlich behandelt fühlt sich indes der Solarenergieverband Unef.

Empört wird man gegen die „systemische Benachteiligung“ Klage bei der EU-Wettbewerbsaufsicht einbringen. „Wir hatten keine Chance“, kritisiert auch Anpierrez, der Verband kleiner und mittelgroßer Photovoltaikenergieproduzenten: „Das Vergabeverfahren war auf die Giganten gemünzt, auf Windkraft setzen.“ Anpierrez warnt vor höheren Kosten für die Endverbraucher durch weitere Fehlplanungen in der Energiepolitik. Die mit dem extremen Nahverhältnis zwischen Politik und Energiesektor dafür verantwortlich sind, dass binnen einer Dekade der Strompreis in Spanien um 63 Prozent stieg (EU-Mittel: 31 %, lt. Eurostat).

Zugleich verunmöglicht die umstrittene „Sonnensteuer“ die Produktion von Solarenergie für den Eigenbedarf. Das Streichen der Solarsubventionen vor knapp fünf Jahren durch die damals gerade angelobte Rajoy-Regierung, brachte den Konkurs vieler Anbieter und hohe Verluste für Investoren mit sich. Und das erste, unlängst verlorene Schiedsgerichtsverfahren an der Weltbank. Mad-

rid muss nun Eiser Infrastructure mit Sitz in London mit 128 Millionen Euro entschädigen. Über 30 weitere Verfahren sind aktuell anhängig.

Spaniens Wind- und Sonnenstrom wird zum exklusiven Terrain der Energiegiganten, in deren Aufsichtsräten sich eine Fülle an Ex-Premiers und -Ministern tummelt. Wie die Zuschläge vom 17. Mai belegen, sicherte sich demnach Gas Natural, mit Ex-Premier Felipe González (PSOE) im Aufsichtsrat 600 MW. Endesa, wo Ex-Premier José María Aznar (PP) lange Jahre Aufsichtsrat war, erhielt 540 MW.

Der Löwenanteil ging an Forestalia unter Fernando Samper Rivas in Allianz mit General Electric (GE), mit 1200 MW. Zu 4,3 Cent die Kilowattstunde bei Null-Förderung sei dies der niedrigste Preis für Windparks zu Land, der bisher in Europa laut dem Windenergieverband Windeurope den Zuschlag erhielt. Rund 1,5 Mrd. Euro wird Samper in der windigen Region Aragón investieren.



Ex-Premier und Gas-Natural-Aufsichtsrat Felipe González kam mit seiner Firma ebenso zum Zug wie ... Foto: EPA / G. Cuevas



... Endesa, wo mit José María Aznar gleichfalls ein ehemaliger Premier im Aufsichtsrat saß. Foto: EPA / Abel Alonso